

Baugenehmigungen brechen ein, Wachsende Ungleichheit in Deutschland, Inflationsrate in der Eurozone gesunken

Baugenehmigungen brechen ein

In Deutschland sind die Baugenehmigungen nach dem deutlichen Rückgang im vergangenen Jahr (2023) auch im Januar 2024 weiter gesunken. Die Behörden bewilligten den Bau von 16.800 Wohnungen, wie das Statistische Bundesamt am Montag (18.03.2024) in Wiesbaden mitteilte. Das waren 23,5 Prozent oder 5200 Genehmigungen weniger als ein Jahr zuvor. Im Vergleich zum Januar 2022 brach die Zahl sogar um 43,4 Prozent (!) ein. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Wachsende Ungleichheit in Deutschland

Mehr Anstrengungen im Kampf gegen Armut hat der Europarat von Deutschland gefordert. In einem am Dienstag (19.03.2024) veröffentlichten Bericht des Europarats ist von wachsender Ungleichheit in der Bundesrepublik die Rede. Das hohe Maß an Armut und sozialer Ausgrenzung stehe hierzulande in keinem Verhältnis zum Reichtum des Landes. Dem Europarat gehören 46 Länder an. Die Länderorganisation mit Sitz in Straßburg setzt sich für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein. ([Spiegel Online](#))

Inflationsrate in der Eurozone gesunken

In der Eurozone ist die Teuerungsrate der Verbraucherpreise im zweiten Monat in Folge zurückgegangen. Im Februar betrug die Inflationsrate 2,6 Prozent – nach 2,8 Prozent im Januar 2024

und 2,9 im Dezember 2023, wie das EU-Statistikamt Eurostat mitteilte. Damit nähert sich die Rate in den Euroländern dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) weiter an, die eine mittelfristige Teuerung von 2,9 Prozent anstrebt. Vor allem die Preise für Lebensmittel, Tabak und Alkohol nahmen laut Eurostat nach einem Anstieg von 5,6 Prozent im Januar 2024 diesmal um lediglich 3,9 Prozent zu. Die Energiepreise verringerten sich hingegen um 3,7 Prozent – nach einem Minus von 6,1 Prozent im Vormonat. Die EZB erwartet aufgrund der rückläufigen Inflation erste Zinssenkungen bis zur Jahresmitte (2024). Seit etwa eineinhalb Jahren kämpft die EZB mit starken Zinsanhebungen gegen die steigende Inflation der Eurozone, die im Herbst 2022 mit 10,7 Prozent ihren Höhepunkt erreicht hatte. ([Zeit Online](#))